*taz.die tageszeitung

taz.die tageszeitung vom 16.08.2021, Seite 4 / Schwerpunkt

Was ist heutzutage schon gerecht?

Zum Auftakt der taz-Themenwoche "Klassenkampf" haben wir 19 Menschen mit ganz unterschiedlichen Perspektiven auf die Gesellschaft gefragt, was für sie soziale Gerechtigkeit bedeutet Protokolle Barbara Dribbusch, Hanno Fleckenstein,

Manuela Heim,
Jasmin Kalarickal,
Anna Lehmann,
Sabine am Orde, Franziska Schindler,
Ulrich Schulte und
Harriet Wolff

"Bildung ist die Grundlage für Chancengerechtigkeit"

Bildung ist der Baustoff unserer Zukunft und Grundlage für Chancengerechtigkeit. Damit ist Bildung die nachhaltigste Sozialpolitik und das Fundament für ein selbstbestimmtes Leben, gesellschaftliche Teilhabe, ein erfülltes Berufsleben und Wohlstand. Im globalen Wettbewerb um Fachkräfte wird Bildung regional und überregional zum zentralen Standortfaktor. Wir brauchen ein Bildungssystem unabhängig von sozialen Hintergründen, das individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellt.

Dies schließt auch den dringenden digitalen Wandel in Schulen mit ein: Mit moderner Methodik und Didaktik müssen Schüler auf die Anforderungen der Wirtschaft vorbereitet werden - digitalisierte Berufsbilder sind in den Unternehmen längst Standard. Kurzum: Als Wirtschaft und Gesellschaft können wir es uns nicht leisten, dass sich Talente mangels Förderung nicht entfalten können und Potenziale in Zeiten von Fachkräftemangel auf der Strecke bleiben.

Rainer Dulger ist Unternehmer und Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



Rainer Dulger Foto: BDA

"Mit fairen Startbedingungen ins Leben gehen"

Jedem Menschen ein Leben in Würde und Freiheit zu ermöglichen, darum geht's. Von Anfang an. In unserem reichen Land wächst jedes fünfte Kind in Armut auf. Soziale Politik muss dafür sorgen, dass alle mit fairen Startbedingungen ins Leben gehen. Freiheit und Würde bedeuten ein Leben ohne existenzielle Not. Die Grundsicherung muss zum Leben reichen, vor allem aber müssen es die Arbeitslöhne. Und Mieten müssen bezahlbar sein.

In der Pandemie haben wir erlebt, wie wichtig gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft ist. Dafür braucht es einen starken Sozialstaat und öffentliche Infrastruktur, also Schulen und Sportplätze, einen gut ausgebauten ÖPNV, schnelles Internet für alle und gute gesundheitliche Versorgung. Die große Aufgabe für die kommenden Jahre ist, die ökologische Transformation zu einem Gewinn an sozialer Gerechtigkeit zu machen.



Annalena Baerbock Foto: reuters

"Das Hartz-System fördert die Existenzangst"

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für wohnungslose Menschen, ihnen die benötigte Unterstützung unmittelbar zukommen zu lassen und nicht nur den Menschen zu verwalten. Das Hartz-IV-System fordert von Erwerbslosen und Aufstockern aber häufig Unmögliches. Einige Empfänger sind krank und können die Maßnahmen nicht machen. Es ist auch schwierig für die Leistungsbezieher, an der digitalen Kommunikation teilzuhaben, weil sie oft die Geräte gar nicht besitzen. Das Hartz-System fördert die Existenzangst. Menschen werden stigmatisiert, ausgegrenzt, überwacht und bevormundet. Der unzureichende Regelsatz diskriminiert. Gerade in der Coronakrise erleben wir dramatische Folgen. Besonders Wohnungslose wurden mit ihrer Situation alleine gelassen. Ohne bedingungslose finanzielle Existenzsicherung und eine Wohnung für jeden und bürgernahe Sprache wird es keine soziale Gerechtigkeit geben können.

Jürgen Schneider ist Grundsicherungsempfänger, wohnungslos und bei der Selbstorganisation AG Beteiligung der Diakonie



Jürgen Schneider Foto: privat

"Gradmesser ist, wie wir mit Minderheiten umgehen"

Soziale Gerechtigkeit ist DAS Ziel des Humanismus, DAS Versprechen der Aufklärung. Ich bin aber nicht naiv genug anzunehmen, dass ich selbst noch erleben darf, wie es erreicht wird. Die weltweite Ungleichverteilung von Ressourcen, sei es der Zugang zu Wasser und Nahrung, die Chance auf Bildung, auf freie Meinungsäußerung, all das steht dem entgegen.

Ich bin Jüdin und ich bin es mit Stolz. Aber ich sage auch angesichts der weltweiten Zunahme des Urübels des Antisemitismus: Wie wir mit Minderheiten umgehen, wie sich Judenhass ausprägt, wie sich die Diskriminierung von Frauen ausnimmt und was dagegen getan wird, das ist auch Gradmesser für soziale Gerechtigkeit insgesamt.

Und obwohl ich nicht mehr erleben werde, wie soziale Gerechtigkeit erreicht wird: Ich bin naiv genug, mich dennoch jeden Tag dafür einzusetzen, dass der Weg dorthin weitergegangen wird. Denn wenn wir soziale Gerechtigkeit nicht anstreben, dann wird dies das Ende menschlicher Zivilisation sein.

Avitall Gerstetter ist Kantorin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin



Avitall Gerstetter Foto: privat

"Mein Kind hat keine Rechte"

Meine Tochter ist zwei Jahre alt und in Deutschland geboren, hat aber aufgrund einer unglücklichen Verkettung von Umständen keine gültige Geburtsurkunde. Es gibt kein Dokument, das ihre Existenz beweist. Nichts. Ich weiß nicht, wann sich das ändern wird. Das Standesamt weigert sich, ihr eine neue Geburtsurkunde auszustellen. Das bedeutet: Mein Kind hat keine Rechte - kein Recht auf Gesundheit oder soziale Sicherung. Sie hat keine Krankenversicherung und wird nicht in die Kita gehen können.

Wie an vielen anderen Einwanderern rächt sich der Staat durch meine Tochter an mir, weil ich Sans-Papiers bin. Das ist eine Ungerechtigkeit. Die Kinder sind unschuldig. Sie dürfen nicht unter dem Aufenthaltsstatus ihrer Eltern leiden. Wenn ein Kind geboren wird, sollte es die Staatsbürgerschaft und alle Rechte bekommen, die damit verbunden sind unabhängig von den Eltern. Das wäre Gerechtigkeit.

Emma, 39, ist ohne Papiere in Deutschland und möchte nicht, dass ihr echter Name in der Zeitung auftaucht



"Niemand darf diskriminiert werden"

Es gibt keinen Politiker, der sagt: Ich stehe für Ungerechtigkeit. Dennoch gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, was "gerecht" ist. Für mich gehört zur Gerechtigkeit die klassische liberale Idee der politischen und bürgerlichen Gleichheit aller. Niemand darf diskriminiert werden, nicht vor Gericht, nicht im Alltag und nicht in Bezug auf demokratische Teilhabe. Ohne die soziale Dimension ist dies aber nur eine halbe Gerechtigkeit. Es geht auch um real gleiche Chancen, aus seinem Leben etwas zu machen. Und um das Verständnis, dass wir in einer arbeitsteiligen

Gesellschaft alle aufeinander angewiesen sind. Darum gerechte Löhne und einen Ausgleich über unser Steuer- und Sozialsystem. Hinzu kommt, was der Philosoph Michael Sandel Beteiligungsgerechtigkeit nennt. Also dass niemand das Gefühl bekommt, etwas "Schlechteres" zu sein, und jeder die Chance hat, seinen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Deshalb ist mir eine Politik und eine Gesellschaft des gegenseitigen Respekts wichtig.

Olaf Scholz ist Kanzlerkandidat der SPD



Olaf Scholz Foto: dpa

"Gerechtigkeit ist Menschenwürde"

Für mich heißt soziale Gerechtigkeit, dass ich mein Gegenüber als wertigen Menschen behandele. Gerechtigkeit ist Menschenwürde. Darauf achten wir auch bei der Lebensmittelausgabe, die wir hier in Schwerin organisieren. Wir behandeln die Menschen nicht als Bittsteller, sondern als Gäste. Denn insgesamt empfinde ich das System der Tafel als sehr ungerecht. Es ist ein Skandal, dass Menschen auf eine Lebensmittelausgabe angewiesen sind. Bei der Tafel versuchen wir, mehr als nur die Lebensmittel zu verschenken. Das kann ein Lächeln und ein Gespräch sein, das kann eine Tasse Kaffee und das Gefühl von Gemeinschaft sein.

Marcus Wergin arbeitet in Schwerin als Sozialdiakon



Marcus WerginFoto: privat

"Gute Löhne, gute Jobs, soziale Absicherung"

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich, dass der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt wird. Dass die, die ihn erwirtschaften, nicht mit Niedriglöhnen und befristeter Beschäftigung abgespeist werden, während einige Wenige immer reicher werden. Soziale Gerechtigkeit bedeutet: gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung und mit Blick auf das Klima den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Gerechtigkeit heißt, dass besonders reiche Menschen stärker besteuert werden und dass die Kosten für die Bewältigung der Coronakrise und den Klimaschutz nicht wieder auf die Beschäftigen abgewälzt werden, sondern die Profiteure und Verursacher in die Pflicht genommen werden. Gerecht ist, wenn das Elternhaus nicht darüber entscheidet, welchen Zugang zu Bildung ein Kind hat. Gerecht ist, wenn es bezahlbaren Wohnraum für alle gibt. Gerecht ist, wenn in einem reichen Land niemand in Armut leben muss.

Janine Wissler ist Spitzenkandidatin der Linken



Janine Wissler reuters

"Für Mitbestimmung und Tarifverträge"

Die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen wird sich in den nächsten Jahren grundlegend ändern. In dieser Zeit der Umbrüche sind Sicherheit und verlässliche Zukunftsperspektiven für die Menschen entscheidend. Wenn Menschen mitbestimmen und sich mitentwickeln können, wenn wir Weiterbildung möglich machen und Beschäftigung sichern, dann liegt in der Veränderung eine Chance. Gute Arbeit, Mitbestimmung und Tarifverträge sind also kein Selbstzweck. Diese Instrumente sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen, sozial gerechten Zukunft. Denn sie stehen für Innovation in den Betrieben, Akzeptanz der Gesellschaft und Engagement der Beschäftigten.

Der radikale Umbau unserer Wirtschaft ist eine zutiefst soziale Frage. Nur wenn wir soziale Gerechtigkeit ganz oben auf die Agenda setzen, kommen wir stärker aus diesen Transformationen heraus, als wir hineingegangen sind.

Reiner Hoffmann ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds



Reiner Hoffmann Foto: dpa

"Wohnraum ist unverzichtbares Fundament"

Ein ganz wesentliches Ziel der BAG Wohnungslosenhilfe und unser eigentlicher Kernauftrag ist es, wohnungslosen Menschen ein Leben zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Dazu gehört an erster Stelle das Recht auf Wohnen und Existenzsicherung. Wohnen ist ein Menschenrecht und steht somit jeder und jedem zu. Wer wohnungslos ist, wird nicht nur aus dem Wohnungsmarkt ausgegrenzt, sondern auch aus allen anderen existenziellen Lebensbereichen. Das betrifft das soziale und wirtschaftliche Leben ebenso wie den Bereich der Bildung, der

gesundheitlichen Versorgung oder der Sicherheit. Wenn soziale Gerechtigkeit meint, dass sowohl Rechte als auch Entwicklungsmöglichkeiten für alle Menschen gelten, bildet Wohnraum ein unverzichtbares Fundament dafür. Bezahlbarer Wohnraum, Wohnraum für wohnungslose Menschen ist eine wesentliche Säule sozialer Gerechtigkeit.

Werena Rosenke ist Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe



Werena Rosenke privat

"Die Kluft zwischen Arm und Reich verringern"

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Nicht jeder muss dasselbe haben - Qualifikationen oder Verantwortung, die man trägt, sollen natürlich Berücksichtigung finden. Aber wer das ihm Mögliche für die Gesellschaft tut, muss von dieser auch Rahmenbedingungen erwarten dürfen, die jedem Mitglied ein finanziell abgesichertes Leben ermöglichen. Gleiches muss für diejenigen gelten, die z. B. aufgrund von Krankheit weniger leisten können. Deshalb: Beitragsbemessungsgrenze weg. Bürgerversicherung her. Einheitliche Rentenkasse einführen. Ein anderer wichtiger Aspekt ist die Herstellung von Chancengleichheit von Anfang an. Kein Aussortieren von Kindern nach Klasse 4. Inklusion. Eine Schule für alle. Kurz: Umverteilung, Solidarität und Chancengleichheit."

Nancy Poser, ist Richterin am Amtsgericht Trier und Gründungsmitglied von Ability Watch. 2020 reichte sie Verfassungsbeschwerde gegen eine mögliche Benachteiligung von Menschen mit Behinderung in der Intensivbehandlung (Triage) ein.



Nancy Poser Foto: privat

"Mit denen teilen, die nichts haben"

Meine religiöse und soziale Verantwortung besteht darin, mich für gerechte Dinge einzusetzen - und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in der Praxis. Für mich beginnt soziale Gerechtigkeit zu Hause. Es ist meine Verantwortung, für meine Eltern zu sorgen. Sie erstreckt sich aber auch auf diejenigen, die nicht mit mir verwandt sind, wie die Nachbarn, die Waisen und die Bedürftigen. Ich gelte nicht als Muslim, wenn ich mit vollem Magen zu Bett gehe, während mein

Nachbar hungrig schläft. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich außerdem: der Kampf gegen Armut. Wir haben hier viel Reichtum, während Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern an Hunger sterben. Der Islam lehrt mich, bereit zu sein, das, was ich habe, mit denen zu teilen, die es nicht haben. Mein Glaube sagt mir auch, dass ich ein Hüter dieser Erde bin. Deshalb muss ich aktiv etwas tun, um ihr gesundes Fortbestehen zu gewährleisten. Auch das ist mein Kampf für Gerechtigkeit.

Afaq Ahmad ist Imam und Theologe der Ahmadiyya Muslim Jamaat Darmstadt



Afaq AhmadFoto: privat

"Gleiche Rechte, gleiche Pflichten"

Wenn alle aufeinander Rücksicht nehmen - das ist für mich Gerechtigkeit. Ich bin eigentlich ein zufriedener Mensch, mir fehlt nur selten etwas und deshalb kann ich auch gut auf andere zugehen. In meinem Kiez in Berlin leben so viele Menschen aus so vielen verschiedenen Ländern zusammen: das finde ich bereichernd und interessant. Andererseits finde ich es aber schwierig, wenn ich auf dem Bürgersteig laufe und ich zeitweise gar niemand anderen mehr Deutsch sprechen höre. Jeder Mensch sollte versuchen, sich wenigstens ein bisschen in der Sprache des Landes

Was ist heutzutage schon gerecht?

auszuprobieren, in dem er oder sie sich aufhält. Das ist für mich gerechte und gelebte Gastfreundschaft. Was für mich auch das Gegenteil von Gerechtigkeit bedeutet, ist, dass in der Coronasituation sich längst nicht alle vernünftig verhalten. Abstände werden nicht eingehalten, Masken nicht getragen. Das finde ich unfair und dumm. Gleiche Rechte für alle, aber auch gleiche Pflichten. Nur so können wir gerecht zusammenleben.

Helga Neumann ist Rentnerin aus Berlin

Helga Neumann Foto: privat

"Prekäre und krankmachende Lebensumstände"

Krankenhäuser sind Orte, in denen viele soziale Realitäten aufeinandertreffen und gesellschaftliche Ungleichheiten so besonders stark sichtbar werden. Für die allermeisten Menschen ist es wohl nur schwer vorstellbar, aus welchen teils prekären und krankmachenden Lebensumständen wir Patient*innen zu uns auf Station aufnehmen. Für meine Kolleg*innen und mich ist es einfach unsere Arbeit, für hochkalorische Kost zu sorgen, Hilfestellung bei der Körperpflege zu leisten und die chronischen Wunden zu versorgen. Hätten wir mehr Zeit und würde unserer Profession mehr zugetraut, könnten wir unsere Aufgabe sogar noch besser machen. Für ein wirklich gerechtes und bedarfsorientiertes Gesundheitssystem, in dem alle Menschen einen niedrigschwelligen Zugang zu pflegerischer Versorgung haben, braucht es neben Reformen zu den jetzigen Abrechnungssystemen aber auch die staatliche Refinanzierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Christopher Jost arbeitet als Krankenpfleger in einer Berliner Klinik

Christopher Jost Foto: privat

"Für die Chance auf den Aufstieg durch Bildung"

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich zuallererst Chancengerechtigkeit: Jedes Kind muss die Chance auf den Aufstieg durch Bildung haben, unabhängig von der Herkunft der Eltern.

Für soziale Gerechtigkeit müssen Freiheit und Verantwortung eng verbunden bleiben. Der Mensch als Einzelner ist frei und gleichzeitig auf die Gemeinschaft angewiesen. Er braucht die Gemeinschaft, und die Gemeinschaft braucht ihn. Konkret: Eigentum begründet Freiheit - und gleichzeitig verpflichtet es.

Soziale Gerechtigkeit heißt auch Generationengerechtigkeit: Die ältere Generation darf nicht auf Kosten der Jüngeren leben. Weder beim Staatshaushalt noch bei der Umwelt. Auch Klimaschutz muss sozial gestaltet werden.

Die neue soziale Frage ist nicht mehr alleine der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch der Lebenschancen und Freiheitsrechte künftiger Generationen.

Armin Laschet ist Kanzlerkandidat der Union

Armin Laschet Foto: Michael Kappeler/dpa

"Entscheidend ist die Verteilung der Chancen"

Soziale Gerechtigkeit ist ein vielschichtiger Begriff. Die politische Linke versteht darunter in erster Linie eine vom Staat organisierte Umverteilung, die den Weg zu materieller Gleichheit weisen soll. Diese Sicht engt den Gerechtigkeitsbegriff ein. Entscheidend ist viel eher die Verteilung der Chancen in einer Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit sollte nicht in Umverteilungsquoten, sondern anhand von Aufstiegsmöglichkeiten gemessen werden. Dafür braucht es ein Bildungssystem, das endlich spitze ist, lebenslang wiederkehrende Möglichkeiten für selbstbestimmte Weiterbildung sowie die Gewissheit, dass sich Anstrengung in jeder Lebenslage lohnt.

Hiervon ist der politische Diskurs leider oft weit entfernt: Kaum bekannt ist etwa, dass der wahre Spitzensteuersatz in Deutschland 80 Prozent beträgt - zu entrichten von Menschen, die Hartz IV beziehen, nebenbei aber wieder erste Schritte auf dem Arbeitsmarkt gehen wollen. Wir sagen: Der Zugriff des Staates darf nie höher als 50 Prozent sein. Jede zusätzliche Stunde Arbeit sollte sich lohnen.

Christian Lindner ist Spitzenkandidat der FDPfür die Bundestagswahl

Christian Lindner Foto: dpa

"Energie gerecht an alle Menschen verteilen"

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich, dass wir allen die Möglichkeit geben, an Ressourcen teilzuhaben. Die Solarenergie ist ein schönes Beispiel dafür, wie Energie gerecht verteilt werden kann, wenn man den Leuten die nötigen Mittel gibt. Die Sonne liefert uns jährlich 1.500 mal mehr Energie, als die ganze Menschheit benötigt. Und es kümmert die Sonne nicht, ob sie auf ein reiches oder ein armes Hausdach scheint - sie scheint auf uns alle, auf jede Wüste und auf jeden Urwald. Es braucht nur eine Solaranlage, schon kann man daran teilhaben und Wärme oder Strom gewinnen.

Selbst in ärmeren Ländern wie Bangladesch gelingt es, dass die Leute Sonnenenergie nutzen - dank günstiger Mikrokredite. Das Thema Gerechtigkeit ist mir aber auch als Unternehmer sehr wichtig. Zum Beispiel schauen wir nicht nur auf unsere Handelsbilanz, sondern haben auch schon zwei Mal anhand der Gemeinwohl-Bilanz geprüft, wie sehr wir als Firma dem Gemeinwohl dienen.

Andreas Bruske ist Geschäftsführer und Inhaber eines handwerklichen Solarbetriebs bei Bremerhaven

Andreas Bruske Foto: Ad fontes GmbH

"Voneinander lernen, uns gegenseitig zu unterstützen"

Für mich bedeutet soziale Gerechtigkeit, immer mehrere Perspektiven zu beachten und miteinzubeziehen. Es gibt nicht den einen Weg. Meine Arbeit besteht darin, intersektional zu denken und zu handeln. Zum einen bei meinen

Was ist heutzutage schon gerecht?

persönlichen, vielschichtigen Kämpfen gegen Misogynie, Trans- und Homofeindlichkeit. Zum anderen, wenn ich mich weiterbilde, um die Kämpfe von anderen Menschen im Patriarchat und Kapitalismus zu erkennen, zu verstehen und solidarisch mit ihnen zu sein.

Wir dürfen und müssen voneinander lernen, um uns gegenseitig unterstützen zu können. Wir können nicht darauf vertrauen, dass Institutionen das schon regeln, denn die Erfahrung zeigt, dass die Leben marginalisierter Menschen dort immer zu etwas Debattierbarem gemacht werden.

Und hierbei geht es nicht um abstrakte Theorien, sondern um Menschenleben: um Arbeitsbedingungen, Geld, Gesundheitsversorgung, körperliche Autonomie. Soziale Gerechtigkeit muss daher auch immer ökonomische Gerechtigkeit bedeuten.

Felicia Ewert ist Autorin über Transfeindlichkeit, Transmisogynie und Homofeindlichkeit

Felicia EwertFoto: Anne Koch

"Globalen Süden ins Zentrum der Gerechtigkeit stellen"

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich, dass Menschen auf der ganzen Welt gegen zusammenhängende Ausbeutungsmechanismen von Menschen und Natur kämpfen. Dabei gibt es für mich keine Trennung zwischen sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, da die Forderungen zusammengehören: Bezahlbare Wohnungen und Jobs, gleiche Löhne für Frauen, trans, inter* und nichtbinäre Personen, Bewegungsfreiheit, Reparationszahlungen für den Globalen Süden und die Anerkennung der Folgen des Kolonialismus.

Denn der Kolonialismus bedingt nicht nur die andauernde Ausbeutung von Menschen im Globalen Süden, sondern ist auch ein Grund für den Klimawandel. Gerechtigkeit heißt, dass Black, Indigenous und People of Color nicht als Ressource zur Verfügung stehen und die Ausbeutung fossiler Brennstoffe und anderer Ressourcen gestoppt wird. Forderungen und Perspektiven von Menschen im Globalen Süden sollten im Zentrum der Frage um Gerechtigkeit stehen.

Angela Asomah ist Aktivist*in und Referent*in, gibt Workshops zu Klimagerechtigkeit, Intersektionalität und Empowerment

Angela Asomah Foto: privat

Die taz und der Klassenkampf

Deutschland gehört zu den reichsten Staaten der Welt - aber Wohlstand, Bildung, Gesundheit und Glück sind höchst ungleich verteilt. Wie wird die kommende Bundestagswahl die Weichen stellen für die Verteilungsprobleme? Wen wird es treffen, dass die öffentlichen Kassen nach der Pandemie leergefegt sind? Schaffen wir es, das Klima zu schützen und dabei keine Abstriche bei der sozialen Gerechtigkeit zu machen? Unter dem Motto "Klassenkampf" widmet sich die taz eine Woche lang allen Fragen rund um soziale Gerechtigkeit - in der Printzeitung, auf taz.de und in den taz talks.

Illustration: Jörg Dommel

Franziska Schindler

Hanno Fleckenstein

Barbara Dribbusch

Manuela Heim

Quelle: taz.die tageszeitung vom 16.08.2021, Seite 4

Dokumentnummer: T20211608.5789504

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ ec519bd3cec7ab9ddcee706ae7564ad5079226d4

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH